

Der Grenzbote.

Der Grenzbote erscheint täglich mit Ausnahme des den Sonn- und Feiertagen folgenden Tages und kostet vierteljährlich, vorausbezahlt, 1 Mk. 25 Pfg. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von den Aussträgern des Blattes, sowie von allen Kaiserl. Postanstalten und Postboten angenommen.

Tageblatt und Anzeiger

für

Adorf und das obere Vogtland

Inserate von hier und aus dem Verbreitungsbezirk werden mit 10 Pfg., von auswärts mit 15 Pfg. die 4mal gespaltene Grundzeile oder deren Raum berechnet und bis Mittags 12 Uhr für den nächstfolgenden Tag erbeten.

Reklamen die Zeile 20 Pfg.

Verantwortlicher Redacteur, Drucker und Verleger: Otto Meyer in Adorf.

N^o 117.

Sonnabend, den 2. Oktober 1897.

62. Jahrg.

Bekanntmachung.

Die am 1. Oktober fälligen Brandkassenbeiträge sind baldigst, längstens bis zum 15. d. Mts. bei Vermeidung zangsweiser Beitreibung an unsere Stadtsteuer-einnahme abzuführen.

Adorf, den 1. Okt. 1897.

Der Stadtrath.

Die Politik der Sammlung

Der produktiven Stände, die der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Dr. v. Miquel, im Juli in Solingen angekündigt hatte, ist in verheißungsvoller Weise eingeleitet worden. In der im Reichsamt des Innern zur Vorbereitung der Handelsverträge abgehaltenen Konferenz haben sich die drei großen Erwerbsgruppen: Landwirtschaft, Industrie und Handel entschlossen, möglichst einig vorzugehen. Nebenständliches und alles das, was einen trennenden Einfluß ausüben könnte, soll im Interesse unserer wirtschaftlichen Zukunft beiseite gelassen werden. Es soll die Thatsache in die Praxis überführt werden, daß die Interessen der drei großen Erwerbsgruppen im wesentlichen dieselben sind.

Ein solches Zusammenarbeiten von Landwirtschaft, Industrie und Handel gewinnt angesichts der nächsten Reichstagswahlen eine besondere Bedeutung. Die produktiven Stände können sich, wenn sie sich verständigen, endlich den Einfluß auf die Gesetzgebung verschaffen, der ihnen gebührt. Wegen ihrer Uneinigkeit hat es ihnen bisher daran gefehlt. In den Parlamenten führen viele das große Wort, die an der nationalen Arbeit nicht beteiligt sind. Den Ausschlag geben vielfach nicht die Bedürfnisse des praktischen Lebens, sondern Fraktionsinteressen. Daß diese Zustände nicht das allgemeine Wohl fördern, davon hat die Geschichte unseres Reichstages manches Beispiel aufzuweisen. Ein Wahlbündniß zwischen Landwirtschaft, Industrie und Handel würde hier Wandel schaffen. Grundsätzlich erscheint es bereits jetzt als gesichert, nachdem von ihren Vertretern der ernste Wille bekundet ist, über Meinungsverschiedenheiten hinwegzusehen und das Gemeinsame, Verbindende in den Vordergrund zu stellen.

Der Berührungspunkte giebt es wahrlich genug. Die Industrie wünscht vor allem die Erhaltung des Weltfriedens und eine normal fortschreitende Entwicklung des nationalen Lebens. Auch Landwirtschaft und Handel können in Kriegszeiten und bei Störungen in der innern Politik nichts gewinnen, wohl aber viel verlieren. Industrie und Landwirtschaft vertreten hauptsächlich die nationale Produktion; der Handel ist notwendig als Vermittler zwischen Produzenten und Konsumenten. Alle drei sind deshalb Anhänger und natürliche Vorkämpfer einer wahrhaft nationalen Politik.

Die Bestrebungen ihrer Gegner dagegen sind nicht den nationalen Daseinsbedingungen angepaßt. Man gebe ihnen die Bahn bei den künftigen Wahlen frei, und man wird es erleben, was für Rückwirkungen ein weiteres Hinabgleiten unserer Verfassungszustände auf der schiefen Ebene zu einer Parlamentsherrschaft ausüben muß, die dem maßgebenden Einflusse einer weder monarchischen noch reichsfreundlichen Reichstagsmehrheit gehorcht. Daß der Friede nach innen so wenig wie der Friede nach außen dabei gewinnen können, liegt in der Natur der Sache.

Zum Schutze dieser unschätzbaren Güter sind nicht diejenigen Parteien berufen, deren Schwerpunkt außerhalb der Grenzen des nationalen Gedankens liegt. Hier müssen vielmehr jene Volkskreise heran, welche mit allen Fasern ihres Lebens im Boden des Vaterlandes wurzeln und welche wissen, daß sie ihr eigenes Interesse wahrnehmen, indem sie die Interessen vom Kaiser

und Reich fördern. Wir begrüßen das Zusammengehen der produzierenden Stände in der Hoffnung, daß bei den nächsten Wahlen jeder mit allen Kräften dafür Sorge, daß eine national gesinnte Mehrheit ihren Einzug in den Reichstag halte.

Rundschau.

Berlin, 30. Sept. Der Kaiser trifft am 5. Oktober Vormittags, von Rominten bezw. Danzig kommend, in Eberswalde ein und begiebt sich sofort nach Jagdschloß Hubertusstock, wo er bis 15. Oktober zu bleiben gedenkt. — Zur Reise des Kaisers nach Jerusalem wird dem „Hamb. Kor.“ entgegen der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin mitgeteilt, daß die Kaiserin an der Reise nicht Theil nehmen werde.

Berlin, 30. Septbr. Zu den Meldungen über die Frage der Staffeln der Brausteuer ist die „Post“ in der Lage, mitzutheilen, daß in Preußen hierauf bezügliche Anfragen nicht stattgefunden haben. Das genannte Blatt meldet auch noch aus bester Quelle, daß anlässlich der Durchführung der Marinepläne eine Steuererhöhung überhaupt nicht beabsichtigt sei.

Berlin. In einem Erlaß des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten vom 26. September wird den königlichen Eisenbahndirektionen und den Vorständen der Eisenbahnbetriebs- und Maschineninspektionen die strengste Beobachtung der Vorschriften über die tägliche Dienstdauer des Betriebspersonals wiederholt eingeschärft. Gleichzeitig wird, wie die „Berl. Corresp.“ meldet, Bestimmung getroffen über die Beseitigung der Abweichungen von diesen Vorschriften, sowie über die Bereithaltung einer ausreichenden Anzahl von solchen Aushilfskräften, welche den Befähigungsvorschriften voll entsprechen, und über die Grenzen einer zeitweiligen Heranziehung von Personal aus anderen Dienststellen.

* Wie der „Post“ von unterrichteter Seite gemeldet wird, liegt es in der Absicht der königlichen Staatsregierung, an allen in Frage kommenden Orten, an denen sich aus dienstlichen oder sonstigen Gründen ein Bedürfnis dafür ergeben sollte, für die Beamten größerer staatlicher Betriebe eigene Wohnhäuser zu errichten. Insbesondere wird die Erbauung solcher Wohnhäuser seitens der Eisenbahnverwaltung angestrebt und zwar hauptsächlich für die größeren Stationen.

— Nach dem von Herrn Pastor D. Hartung-Leipzig erstatteten Jahresbericht bei der am Mittwoch in Berlin eröffneten 50. Hauptversammlung des Gustav Adolf-Vereins ist die Zahl der Zweigvereine von 1849 auf 1862, die Zahl der Frauenvereine von 538 auf 549, die Gesamtsumme von 2056193 auf 2198104 Mark gestiegen. Die Gesamtsumme der Verwendungen betrug 1254998 Mk., 32 Kirchen, Bethäuser und Kapellen sind geweiht worden, 79 Gemeinden traten neu in Pflege, 63 schieden aus der Pflege des Vereins. Die Gesamtzahl der unterstützten Gemeinden betrug 1870. Seit Begründung des Vereins sind überhaupt unterstützt worden 4457 Gemeinden mit 31826945 Mark. Kirchen, Bethäuser und Thurmbauten wurden 1805, Schulhausbauten 813, Pfarrhausbauten 753 ausgeführt.

— Das „Dresd. Journal“ ist gegenüber der Meldung, daß die Einführung von Staffeln für die Brausteuer und eine Erhöhung der jetzigen Brausteuererläge geplant sei, zu der Erklärung ermächtigt, daß in dortigen maßgebenden Kreisen von einer solchen Absicht nicht das mindeste bekannt ist. Ein durchaus irriger Weise in diesem Sinne gedeuteter Erlaß der Dresdener Zoll- und Steuerdirektion an die ihr untergeordneten Hauptzoll- und Hauptsteuerämter hat lediglich den Zweck verfolgt, Unterlagen für die Beurteilung zahlreicher noch unerledigter an den Reichstag gerichteter Petitionen von Brauereibesitzern

zu gewinnen, von denen der eine Theil die Einführung von Staffeln lebhaft befürwortet, der andere eine solche Maßregel heftig bekämpft, während beide Theile vermeintliche Wirkungen der bayerischen Staffelsätze als Beweismaterial für ihre Ansichten zu verwerthen suchen.

Zu der bereits dementirten Nachricht, betreffend die Verdreifachung der Brausteuer, schreiben die in Finanzangelegenheiten meist aus amtlichen Quellen informirten „Berl. Pol. Nachr.“ Folgendes: „Man wird gut thun, solchen Behauptungen das äußerste Mißtrauen entgegenzusetzen. Die Biersteuer hat einschließlich der Uebergangsabgabe im Jahre 1896/97 28 Millionen erbracht. Eine Verdreifachung der Steuer würde, da bei der demgegenüber geringen Preiserhöhung schwerlich eine bemerkbare Verminderung des Consums zu erwarten ist, einen Mehrertrag von 55 Millionen Mark erbringen. Zu dieser Summe würden die Averse der nicht zur Brausteuergemeinschaft gehörenden Staaten mit 16 bis 17 Millionen treten. Die Verdreifachung der Brausteuer würde daher eine dauernde Mehreinnahme von etwa 72 Millionen Mark zur Folge haben, und zwar eine Mehreinnahme von stark steigender Tendenz. In den sieben Jahren von 1890 bis 1891 ist der Reinertrag der Brausteuer von rund 25 Millionen auf über 28 Millionen Mk., also um 12 pCt. gestiegen. Nach Ablauf der sieben Jahre, welche für die Durchführung der notwendigen Schiffsneubauten in Aussicht genommen sind, würde man daher mit einer Mehreinnahme von über 80 Millionen Mark zu rechnen haben. Wie hoch der dauernde Mehrbedarf des Marine-Etats in Folge der geplanten Schiffsbauten sein würde, erhellt noch nicht mit Sicherheit. Aber selbst die am meisten schwarz in schwarz malenden Gegner der Marineforderungen rechnen nur mit einer Erhöhung des Marinebudgets um 15—20 Millionen Mark bis zum Schlusse der siebenjährigen Periode. Die Mehreinnahme würde daher das 4—5fache des Höchstbetrages der dauernden Mehrausgabe ausmachen.“

Hamburg, 30. Sept. Zweihundert Mitglieder des hier tagenden 10. evangelischen Schulcongresses unternahmen heute einen Huldigungsausflug nach Friedrichsruh. Ein offizieller Empfang im Schlosse fand nicht statt, dagegen hatten die Mitglieder Gelegenheit, den Fürsten Bismarck bei seiner nachmittäglichen Ausfahrt am Garthenthor begrüßen zu können. Der Fürst, neben welchem Professor Schweninge saß, dankte herzlich für die ihm dargebrachten Ovationen.

Budapest, 30. Septbr. Zu den gestrigen Trinksprüchen des Königs Franz Josef und des Königs von Rumänien schreibt der „Pester Lloyd“: Rumänien sei heute nicht Mitglied des Dreibundes; allein wenn König Franz Josef in so bestimmter Weise ausspreche, daß auch Rumänien zu einem Elemente der europäischen Ordnung und des europäischen Friedens geworden ist, sei es keine allzukühne Voraussetzung, daß auch Rumänien dem Dreibunde keineswegs gleichgiltig gegenüberstehe. — „Nemzet“ führt aus: Die Trinksprüche bestiegeln das durch jahrelange, andauernde schwere Arbeit zu Stande gebrachte herzliche Einvernehmen zwischen Osterreich-Ungarn und Rumänien. Mehr als dies konnte Niemand erwarten. Nach diesen Worten kann Niemand mehr zweifeln, welche Orientpolitik auf die Unterstützung Rumäniens rechnen könne.

Paris. Der „Gaulois“ läßt sich von angeblich diplomatischer Seite Folgendes berichten: An dem Tage, da Kaiser Wilhelm in London den Sieg seiner Kaiserjacht „Meteor“ feierte, am 2. August 1893, meldete ihm der Botschafter Graf Hagfeldt, daß die englisch-französische Differenz bezüglich Siam in ein akutes Stadium getreten sei, infolge Mobilisirung der englischen